

Initiative läuft ins Leere

Parlament hebt Beschluss für Erweiterung des Gewerbegebietes Holzhausen auf

Das Thema

Die Gemeinde Edermünde will ihr Gewerbegebiet am Ratio vergrößern. Dagegen macht eine Bürgerinitiative mobil, die immer mehr Verkehr, höhere Belastungen und wenige Vorteile befürchtet. Sie sammelte Unterschriften für einen Bürgerentscheid. Der ist zulässig. Die Gemeindevertretung musste jetzt das weitere Vorgehen entscheiden: A oder B.

EDERMÜNDE. Die „Initiative Bürgerbegehren Edermünde 2009“ hatte eigentlich Erfolg - und läuft dennoch ins Leere. Das ist das Ergebnis der Gemeindevertretersitzung in Haldorf am Montagabend.

Ein möglicher Bürgerentscheid über die Erweiterung des Gewerbegebietes Holzhausen (am Ratio), das Ziel der Initiative, wurde zwar als zulässig anerkannt. Gleichzeitig hob die Gemeindevertretung mit den Stimmen von SPD und CDU ihren eigenen Be-

schluss vom 2. März zum Entwurf des Flächennutzungsplanes auf, gegen den sich das Bürgerbegehren gerichtet hatte (siehe Variante A). Damit wird ein Bürgerentscheid für oder gegen die neuen Gewerbeansiedlungen, den die Initiative angestrebt hatte, überflüssig.

Fakten geschaffen

Inzwischen wurden bereits Fakten geschaffen: Im Mai hatten die Gemeindevertreter mehrheitlich in einem dritten Beschluss die Pläne für die Erweiterung endgültig beschlossen. Die Spedition, die aus Kassel in das neue Gewerbegebiet von Edermünde umziehen will, fängt demnächst an zu bauen.

Wie kann das sein, wenn der Beschluss zur Erweiterung doch zurückgenommen wurde?

Nach Mitteilung des Gemeindevorstandes war die Beschlussfassung zur Planänderung vom 2. März „nicht zwingend geboten“, so eine Auskunft des Hessischen Städte- und Gemeindebundes. Das heißt, man kann auf sie verzichten. Die weiteren Beschlüsse zur Feststellung der 8. Planänderung reichen aus, um rechtlich auf der sicheren Seite zu sein. Also darf erweitert werden.

Das sehen die Gemeindevertreter von Bündnis90/Grüne und den Freien Wählern ganz anders. „Ein Votum für einen Bürgerentscheid wäre die sauberste und ehrlichste Lösung“, betonte Lothar Gier (B90/Grüne) und sprach sich für Variante B aus. Alle Wahlberechtigten hätten dann die Möglichkeit erhalten zu entscheiden, was in der Gemarkung Holzhausen passiert oder nicht.

Gier warf dem Bürgermeister und der SPD-Fraktion vor, nach einem Verfahren gesucht zu haben, wie man den ungeliebten Bürgerentscheid vermeiden und weiterhin das tun könne, was man wolle.

„Initiative ausgetrickst“

„Man hat die Bürgerinitiative ausgetrickst“, ärgerte sich Oliver Steyer (B90/Grüne). Obwohl Bürgermeister Färber gewusst habe, dass das Bürgerbegehren zulässig sei, habe er

den 3. Beschluss zugelassen - „das hätte er nicht machen sollen“.

Auch Günther Steinhagen (FWG) bezeichnete angesichts der vielen Unterschriften, die die Initiative gesammelt habe, einen Bürgerentscheid als saubere Lösung. Letztlich müsse man es dem Bürger überlassen zu sagen, was er für richtig halte. Die SPD solle „keine Angst vor dem Votum der Bürger“ haben, ergänzte Markus Opitz (FWG).

Die CDU könne es nicht akzeptieren, dass man einen Bürgerentscheid vollziehen lasse, wenn man gleichzeitig wisse, dass dieser Entscheid nichts bewirke, sagte Ruth Pfannstiel. „Wir haben uns schwer getan mit einer Entscheidung“, sagte sie, sich aber schließlich für Variante A ausgesprochen.

Die Grünen kündigten an, gerichtlich gegen das Verfahren vorzugehen. (ula)

Variante A

In Variante A wird:

1. die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens festgestellt;
2. der Beschluss des Parlaments vom 2. März 2009 (Änderung des Flächennutzungsplans für das erweiterte Gewerbegebiet) aufgehoben.

Variante B

In Variante B wird:

1. die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens festgestellt;
2. ein Termin für den Bürgerentscheid festgesetzt,
3. die Gemeindevertretung eine Stellungnahme zum Bürgerbegehren abgeben.